

Bei den Kommunalwahlen in Taiwan spielt die große Parteipolitik kaum eine Rolle. Entscheidende Faktoren sind die Finanzkraft und gesellschaftliche Beziehungen der einzelnen Kandidaten. Da die Wahlbezirke relativ klein sind, ist hier Bestechung effektiver einzusetzen. So läßt sich erklären, warum viele parteiunabhängige Kandidaten bei den letzten Wahlen so gut abschneiden konnten. Auch die meisten GMD-Kandidaten sind lokal einflußreiche Persönlichkeiten. Die MJD dagegen, die erst vor vier Jahren gegründet wurde und bislang nur 20.000 Mitglieder zählt, ist nicht nur finanziell recht schwach, sondern verfügt auch nicht über genug Kommunalpolitiker.

-ni-

\*(41)

#### Wirtschaftsperspektiven 1990

Nach einer Prognose von zwei Experten, He Jinxun und Zhuang Qingfang, in der offiziellen Publikation des Amtes für Budget und Statistiken des Exekutiv Yuan (Regierung) *Quarterly National Economic Trends, Taiwan Area, the Republic of China* vom Nov. 1989 (S. 56 ff) wird 1990 ein Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP) von 7,21% erwartet, das Pro-Kopf-BSP würde dann 220.942 NT\$ (umgerechnet 8.498 US\$) betragen. Die Voraussage geht davon aus, daß die Inlandsnachfrage eine reale Zuwachsrate von 11,12% verzeichnen wird. Beim Privatverbrauch wird eine Zunahme von 8,5% und beim Staatsverbrauch von 16,55% erwartet. Die Bruttoanlageinvestitionen sollen sich um 11,78% erhöhen, davon um 7,15% bei den privatwirtschaftlichen Investitionen und 14,03% bei Investitionen staatlicher Unternehmen sowie um 23,61% bei Regierungsinvestitionen. Die Inflationsrate wird für das gesamte Jahr auf 3,8% geschätzt.

Im Außenhandel soll der Prognose zufolge die Auslandsnachfrage real um 21,28% sinken. Der Export von Waren und Dienstleistungen wird um 2,65% auf 2.041 Mrd.US\$ und der Import um 7,43% auf 1.753,6 Mrd.NT\$ steigen, woraus sich ein Handelsüberschuß von 287,4 Mrd.NT\$ (umgerechnet 11,1 Mrd.US\$) ergibt. -ni-

\*(42)

#### Keine französischen Kriegsschiffe für Taiwan

Noch am 3.Januar hatte die französische Regierung die Herstellung von 6 Fregatten der Klasse Lafayette FL 3000 (1.200 t) im Wert von rd. 1,3 Mrd.US\$ für Taiwan durch die Firma D.C.N. bestätigt, eine Woche später, am 10.Januar, erklärte sie das Geschäft für null und nichtig. (LHB, 4.-5., 10.-11. u. 14.-16.1.90; FCJ, 8. u. 18.1.90; FT, 5. u. 11.1.90) Die plötzliche Kehrtwendung in Paris erfolgte auf scharfe Proteste seitens Beijings, das den Franzosen vorwarf, sich durch die Waffenlieferungen in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, da Taiwan eine Provinz der VR China darstelle. (XNA, 29.12.89, 11.-12. u. 19.1.90) Zwischen Frankreich und Taiwan bestehen seit 1964 keine diplomatischen Beziehungen mehr.

Die taiwanesischen Wochenzeitschrift *Xinxinwen* berichtete (29.1.-11.2.90, S.21), die französische Regierung habe dem Waffengeschäft bereits Ende 1989 prinzipiell zugestimmt, sich vor einer schnellen Entscheidung aber gescheut, weil sie bei den internationalen Verhandlungen über die Kambodscha-Frage die Unterstützung Beijings brauche. Als nun Taiwan drängte, bis Ende Februar eine konkrete Antwort vorzulegen, sahen sich die Franzosen gezwungen, auf das Geschäft zu verzichten.

Vor der Kontaktaufnahme mit den Franzosen hatte Taiwan jahrelang Verhandlungen mit Seoul über die Lieferung südkoreanischer Fregatten der Ulsan-Klasse geführt. Mit dem Wechsel von Ulsan zu Lafayette zielte Taiwan darauf ab, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, d.h. neben Kriegsschiffen auch einen außenpolitischen Sieg zu erringen. 1981 hatte Beijing wegen der Lieferung von zwei niederländischen U-Booten an Taiwan seinen Botschafter in Amsterdam abgezogen. Erst 1984, nachdem Amsterdam weitere niederländische Waffenlieferungen an Taiwan verboten hatte, wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf Botschafterebene wieder angehoben. (S. dazu C.a., März 1981, Ü 3, S.157, Ü 55, S.173, Feb 1984, Ü 1, S.59.)

Bei Waffenlieferungen ist Taiwan hauptsächlich auf die USA angewiesen. Aber in der sino-amerikanischen Vereinbarung vom 17. August 1982 hat sich Washington verpflichtet, seinen Waffenverkauf an Taiwan schrittweise zu reduzieren (vgl. dazu Yu-Hsi Nieh, "Neue Vereinbarungen über die Taiwanfrage zwischen Beijing und Washington", in: C.a., Sept. 1982, S.558 ff).

Nach der Absage aus Paris veranstaltete Taiwan am 10.Januar demonstrativ die Einweihung eines Projekts für den Bau von Kriegsschiffen der zweiten Generation auf der eigenen Werft China Shipbuilding Corp. in Kaohsiung (Gaoxiong). Es ist geplant, in zehn Jahren insgesamt acht Fregatten der Perry-Klasse (453 ft) im Gesamtwert von 5,3 Mrd.US\$ zu bauen. Die US-Firma Bath Iron Works soll dafür die nötige Technologie liefern. (ZYRB, 12.1.90; FCJ, 15.1.90) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(43)

#### Gouverneur Wilsons Besuch in Beijing und Außenminister Hurds Aufenthalt in Hongkong

Der Gouverneur von Hongkong, Sir David Wilson, stattete vom 10. bis 12.Jan. einen dreitägigen Besuch in Beijing ab. Er hielt dort Gespräche mit den für die Hongkong-Frage zuständigen Politikern. In letzter Zeit war es zwischen den Briten und Chinesen zu neuer heftiger Polemik über Hongkong gekommen. (S. dazu Yu-Hsi Nieh, "Die Wiederbelebung der sino-britischen Kontroverse über Hongkong", in: C.a., Dez. 1989, S. 931 ff.) Bei einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng am 12.Jan. plauderten beide zunächst über das Wetter. Anschließend sagte Wilson: "Ich glaube, das politische Klima ist seit einiger Zeit etwas unerträglicher geworden als das echte Klima. Deshalb bin ich diesmal nach Beijing gekommen, um den Ministerpräsidenten zu besuchen und das politische Klima zu erörtern." Daraufhin sagte Li Peng: "Vielleicht fühlen Sie so; aber ich finde es ganz gut." (DGB, 14.1.90)

In den letzten Monaten hatte Beijing den Briten vorgeworfen, Hongkong zu einem antichinesischen Stützpunkt auszubauen - aufgrund der Unterstützung der Demokratiebewegung in China durch Hongkongs Einwohner. Um die Sorgen von Hongkongs Einwohnern um ihre Zukunft zu vermindern, versprach London, 50.000 Familien der Kolonie das Einwanderungsrecht in Großbritannien zu gewähren. Zum Neujahr gab es in Hongkong wieder Massendemonstrationen gegen das kommunistische Regime in Beijing. Der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, kritisierte in seiner Neujahrsrede auch die großen Bauprojekte wie den neuen Flug- und Seehafen als eine zu große Belastung für Hongkong. (DGB, 2.1.90)

Vom 13. bis 17. Jan. hielt sich der neue britische Außenminister Douglas Hurd in Hongkong auf. Zwischen Hongkong und London bestehen zur Zeit Probleme über eine größere britische Garantie für die Zukunft der Bürger Hongkongs sowie die Lösung der vietnamesischen Flüchtlingsfrage in der Kolonie. Hurd verteidigte auf einer Pressekonferenz am Ende seines Besuchs die demokratischen Reformen in Hongkong und betonte zugleich die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Hongkong und China. (DGB, 18.1.90; XNA, 17.-18.1.90) -ni-

\*(44)

#### Zhou Nan - Beijings neuer Vertreter in Hongkong

Am 15. Januar wurde Zhou Nan (63) zum neuen Direktor des Zweigbüros der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in Hongkong ernannt. Das Zweigbüro mit rund 1.000 Mitarbeitern untersteht direkt dem Staatsrat (Regierung) in Beijing. Der Aufbau des Zweigbüros mit Abteilungen für auswärtige Angelegenheiten, Propaganda, Wirtschaft und Soziales bis hin zu Freizeitgestaltung und Sport kommt dem Grundriß einer Regierung sehr nahe. Dessen Direktor, der auch die Aufsicht über andere chinesische Institute in Hongkong hat, wird in der Kronkolonie als inoffizieller Botschafter der VR China und sogar als "Schatteingouverneur" Hongkongs angesehen.

Zhou Nan, Berufsdiplomat seit Anfang der 50er Jahre, war zuvor stellvertretender Außenminister der chinesischen

Regierung. Er hat sich von Anfang an an den sino-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs beteiligt, und zwar seit 1984 als Chinas Chefunterhändler. Im Hinblick auf die Rückgabe Hongkongs an China im Jahre 1997 nach der sino-britischen Vereinbarung sieht man in der neuen Aufgabe Zhou Nans Beijings Vorbereitung zur Übernahme der Kolonie. Zhou Nan gilt als kühler und zäher Verhandlungspartner.

Zhous Vorgänger in diesem Amt, Xu Jiatur, der das Xinhua-Büro in Hongkong über sechs Jahre lang leitete, galt als ein Vertrauter des ehemaligen Generalsekretärs der KPCh, Zhao Ziyang. Er hatte offenbar nachahmenswerte Vorzüge des Kapitalismus gerühmt und schließlich gar tatenlos zugehört, als sich außer linken Gewerkschaftsverbänden auch einige hundert seiner Mitarbeiter den Hongkonger Protesten gegen das Massaker am 4. Juni 1989 in Beijing anschlossen. Die chinesische Regierung sieht in ihm offenbar keinen Garanten mehr für eine entscheidende Interessenvertretung gegenüber Hongkong und London. (DGB, 17.1.90; SZ, 7.2.90) -ni-